

Antworten auf die Wahlprüfsteine von der Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinte KriegsgegnerInnen Nordrhein-Westfalen (DFG- VK) anlässlich der Bundestagswahl 2021



1.1) Wie werden Sie und Ihre Partei sich für den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und den Verzicht auf die „Nukleare Teilhabe“ einsetzen?

Wir GRÜNE lehnen Atomwaffen seit unserer Gründung ab und machen dies in parlamentarischen und anderen Initiativen immer wieder deutlich. Um einer Welt ohne Atomwaffen näher zu kommen, wollen wir unter anderem den transatlantischen Neustart nach der Wahl Joe Bidens zum US-Präsidenten nutzen, um über Barack Obamas "Global Zero" ins Gespräch zu kommen. Gleichzeitig planen wir eine internationale Initiative zur Reduzierung der Zahl von Atomwaffen und wollen innerhalb der NATO auf einen Verzicht jeglicher Erstschlagsdoktrin hinwirken. Auch wollen wir eine breite öffentliche Debatte über die veralteten Abschreckungsdoktrinen des Kalten Kriegs initiieren. An den ersten Vertragsstaatentreffen des UN-Atomwaffenverbotsvertrags sollte Deutschland unbedingt als Beobachter teilnehmen.

1.2) Werden Sie sich für die Ratifizierung des UN-Atomwaffenverbotsvertrages durch Deutschland und für ein weltweites Verbot aller Atomwaffen pol. engagieren?

Ja. Allerdings ist eine Ratifizierung laut Vertrag erst möglich, wenn ein Land atomwaffenfrei ist oder zumindest eine Abzugsperspektive vorliegt. Diese Voraussetzungen wollen wir GRÜNE schaffen, um dem Vertrag beitreten zu können.

2.1) Wie werden Sie und ihre Partei sich dafür einsetzen, dass der deutsche Militäretat nicht weiter ansteigt?

Nicht zuletzt aufgrund der haushaltswirksamen Sonderbelastungen durch die COVID-19-Pandemie, die Nothilfe für Opfer der Flut und die Herausforderungen der Klimakrise müssen bisherige haushaltspolitische Prioritäten generell auf den Prüfstand. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass mehr Geld strukturelle Probleme der Bundeswehr nicht löst. In der Bundeswehr bedarf es einer Festlegung, was prioritär gebraucht wird, sprich eine belastbare Priorisierung der Beschaffungsvorhaben. Eine Orientierung an einem willkürlichen und nicht auf Fähigkeiten und Befähigung ausgerichteten Messwert, wie dem NATO-2%-Ziel, halten wir GRÜNE nicht für sinnvoll. In der NATO muss eine Debatte über eine faire Lastenverteilung und eine ausgewogene Beteiligung der Mitgliedstaaten geführt werden.

2.2) Wie werden Sie sich dafür stark machen, dass gerade in Europa neue Abrüstungsinitiativen gestartet werden und so unser Land sicherer wird und die weltweiten Rüstungsausgaben gesenkt werden?

Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten mehr globale Sicherheit für alle. Wir GRÜNE wollen den wachsenden militärischen Risiken in Europa mit einer Wiederbelebung der konventionellen Rüstungskontrolle begegnen. Erste Schritte sollen weitere deeskalierende Maßnahmen in Konfliktzonen sein sowie die Wiederaufnahme des Sicherheitsdialogs und der militärischen Kontakte zwischen NATO und Russland. Länder außerhalb Europas wie etwa China müssen bei zukünftigen Rüstungskontrollbemühungen mit einbezogen werden. Nach dem Ende des INF-Vertrags wird es außerdem wichtig sein, eine Stationierung neuer Mittelstreckenraketen abzuwenden.

2.3) Wie werden Sie sich für eine neue Entspannungspolitik in Europa einsetzen?

Wir GRÜNE setzen auf den ehrlichen Interessenausgleich, auf Zusammenarbeit und Rechtsstaatlichkeit, auf Gewaltfreiheit und koordinierte Krisenprävention und regelbasierte sowie vorrangig zivile Konfliktbearbeitung in einer eng vernetzten Welt. Unser Ziel ist eine Weltordnung, in der Konflikte nicht über das Recht des Stärkeren, sondern am Verhandlungstisch gelöst werden. Wir wollen den Europarat und die OSZE stärken und weiterentwickeln, um so ein effektives und starkes System kollektiver Sicherheit in ganz Europa zu schaffen. Auf Basis gemeinsamer Werte wollen wir insbesondere die demokratischen Zivilgesellschaften in östlichen Nachbarstaaten ansprechen und unterstützen, damit sie der Unterdrückung in autoritären Staaten standhalten können.

2.4) Wie werden Sie sich dafür einsetzen, die expansiven deutschen Rüstungsexporte deutlich zu reduzieren?

Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktatoren, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete verbieten sich. Wir GRÜNE fordern seit 2012 die Einführung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes, das die bisher unverbindlichen Kriterien der Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern gesetzlich verankert und somit Rüstungsexporte verbindlicher begrenzt.

2.5) Wie werden Sie mit Ihrer Partei Waffen- und Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisenländer sowie bei Menschenrechtsverstößen konsequent unterbinden?

Die Lieferung von Waffen in Kriegs- und Krisengebiete ist schon jetzt laut der Grundsätze der Bundesregierung aber auch des EU-Gemeinsamen Standpunkts für die Ausfuhr von Rüstungsgütern nicht erlaubt. Eine gesetzliche Verankerung dieser Kriterien in einem Gesetz - wie oben erwähnt - soll dieser Praxis effektiver Einhalt gebieten.

3.1) Wie werden Sie und ihre Partei sich dafür einsetzen, die Bewaffnung bereits von der Bundeswehr benutzter Drohnen zu verhindern?

Wir GRÜNE verurteilen die Nutzung von bewaffneten Drohnen für extralegale Tötungen und andere völkerrechtswidrige Taten aufs Schärfste. Ein solcher Einsatz ist für uns undenkbar und mit dem deutschen Verfassungs- und Wehrrecht nicht vereinbar. Gleichzeitig erkennen wir an, dass diese Systeme Soldat*innen in gewissen Situationen besser schützen können. Nutzen und Risiken von bewaffneten Drohnen müssen sehr gründlich gegeneinander abgewogen werden. Deshalb muss klargemacht werden, für welche Einsatzszenarien der Bundeswehr die bewaffneten Drohnen überhaupt eingesetzt werden sollen, bevor über ihre Beschaffung bzw. Bewaffnung entschieden werden kann.

3.2) Wie werden Sie sich dafür eins., die Beteiligung Deutschlands an der Entwicklung bewaffnungsfähiger Drohnensysteme wie der Eurodrohne und FCAS zu beenden?

Wir GRÜNE befürworten grundsätzlich europäische Kooperationen bei Rüstungsvorhaben. Sie können zum Abbau von rüstungsindustriellen Überkapazitäten und zum Aufbau europäischer Fähigkeiten führen. Für jedes Waffensystem gilt für uns aber: keine völkerrechtswidrige Nutzung! Nach aktuellen Planungen wird die Eurodrohne in Deutschland unbewaffnet beschafft. Sie soll primär der Aufklärungsarbeit dienen. Wir haben die Beschaffung u.a. aufgrund großer Bedenken mit Blick auf die Vertragsgestaltung abgelehnt. Die Freigabe von Haushaltsmitteln für FCAS haben wir zuletzt abgelehnt, da zahlreiche Fragen zwischen den Partnernationen ungeklärt bzw. aus unserer Sicht unbefriedigend geregelt sind. Der Bewaffnung von Drohnen muss eine kritische Abwägung von Nutzen und Risiken vorausgehen. Dies setzt voraus, dass klar ist, in welchen Einsatzszenarien sie eingesetzt werden sollen. Extralegale Tötungen und andere völkerrechtswidrige Taten durch bewaffnete Drohnen verurteilten wir entschieden.

3.3) Werden Sie sich dafür stark machen, dass D'land sich für einen internationale Ächtung von Drohnen und autonomen Waffen einsetzt?

Unbemannte unbewaffnete Systeme zum Zwecke der Aufklärung können erhöhte Schutz- und Warnmöglichkeiten für Soldat*innen im Einsatz bedeuten. Ihre Nutzung ist aus unserer Sicht

grundsätzlich zu befürworten. Die Nutzung von bewaffneten Drohnen für extralegale Tötungen und andere völkerrechtswidrige Taten verurteilen wir GRÜNE. Autonome tödliche Waffensysteme, die keiner wirksamen Steuerung mehr durch den Menschen unterliegen, stellen eine unberechenbare Bedrohung dar. Für die Regulierung von Autonomie in Waffensystemen wollen wir die Verhandlungen bei der UN-Abrüstungskonferenz weiterhin nutzen, um zu einer international verbindlichen Regelung zu kommen. Anwendungen, die gegen ethische und völkerrechtliche Grundsätze verstoßen sind international verbindlich zu ächten.

4.1) Wie werden Sie und ihre Partei sich dafür eins., dass die EU ihre zivilen Konfliktlösungskapazität verbessert, statt immer mehr militärische Bereiche aufzubauen?

Wir GRÜNE haben schon immer den Auf- und Ausbau der zivilen Seite der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) gefordert und unterstützt. Sicherheitspolitik darf nie nur auf die Fragen von Militär und Rüstung verkürzt werden. Verantwortungsvolle und vorausschauende Politik fängt nicht erst bei der Bearbeitung akuter Krisen und dann in ihrer Nachsorge an. Sie zielt bereits im Vorfeld darauf, die vielfältigen Ursachen von globaler Armut und Ungleichheit, Krisen und Gewalt zu entschärfen. Hier hat die EU einen zentralen Mehrwert, da sie über ein breites Spektrum an zivilen Instrumenten verfügt. Diese Kapazitäten wollen wir weiter finanziell, personell und strukturell stärken. Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit, zivile Konfliktprävention und Friedensarbeit sowie die Humanitäre Hilfe dürfen nicht mit anderen außenpolitischen Finanzinstrumenten zusammengelegt werden, stagnieren oder gekürzt werden oder für sicherheitspolitische Vorhaben zweckentfremdet werden und müssen der parlamentarischen Kontrolle unterliegen.

4.2) Werden Sie sich für einen ausreichenden EU-Finanzrahmen für den Ausbau von gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Friedensförderung einsetzen?

Wie bisher auch: ja.

4.3) Werden Sie sich gegen die Aufrüstung lokaler und regionaler Akteure einsetzen, wie sie in der sogenannten „Friedensfazilität“ vorgesehen sind?

Die einseitige Auf- und Ausrüstung lokaler Sicherheitskräfte im Rahmen der sogenannten "Ertüchtigungsinitiative" haben wir GRÜNE stets kritisch gesehen und werden das auch weiterhin tun, unabhängig davon, aus welcher Budgetlinie diese Unterstützung nun gewährt wird.

4.4) Werden Sie sich gegen die Schaffung einer EU-Armee aussprechen?

Die EU muss mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit und Verteidigung übernehmen. Das setzt eine gemeinsame EU-Außenpolitik und eine starke parlamentarische Mitwirkung und Kontrolle voraus. Statt immer mehr Geld in nationale, militärische Parallelstrukturen zu leiten, unterstützen wir GRÜNE eine stärkere europäische Integration und Kooperation im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Wir wollen u.a. militärische Fähigkeiten bündeln, die gemeinsame EU-Kommandostruktur stärken, Überkapazitäten im Rüstungssektor abbauen und eine effizientere Beschaffung erreichen. Das wird ein langer Weg und nur über eine verstärkte Zusammenarbeit einzelner Mitgliedstaaten geschehen.